

PROTOKOLL



Zu der auf **Freitag**, den **20.09.2019**, um 19:05 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung der Stadtverordnetenversammlung** waren erschienen:

VON DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG:

CDU-Fraktion

Schübeler, Norbert (Stadtverordnetenvorsteher)
Büchler, Ruth
Disson, Gregor
Ergler, Volker
Frank, Elvira
Gutperle, Jürgen
Haas, Sigrid
Käser, Hannah
Kruhmann, Torben
Renner, Engelbert
Ringhof, Martin
Scheidel, Jörg
Weiße, Tobias
Werle, Richard
Winkler, Christoph

SPD-Fraktion

Atris, Hussein
Burkhoff, Nils
Hanf, Alicia
Hofmann, Klaus
Mayer-Kotlenga, Nina
Neuß, Peter
Quarz, Klaus
Rihm, Dieter
Schäfer, Daniel
Wohlfart, Maximilian

UBV-Fraktion

Dr. Stülpner, Henrik
Benz, Walter
Bleiholder, Rolf
Bleiholder, Urte
Migenda-Wunderle, Rosemarie
Nordmann, Rolf
Wunderle, Bernhard

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Winkenbach, Manfred
Haas, Bernd

FDP-Fraktion

Gieding, Tobias

WGV-Fraktion

Kempf, Beate
Kempf, Ralf

Entschuldigt fehlten Dr. Jörn Ritterbusch, Klaudia Forg, Andreas Häfele, Ralf Jünemann, Wolfgang Klee, Irina Sponagel und Helga Zöller-Helbig,

Unentschuldigt fehlte Fatma Hassan.

⋮ ⋮ ⋮

VOM MAGISTRAT:

Baaß, Matthias (Bürgermeister)
Kempf, Bastian
Brinkmann, Gerd
Dieter, Jenny
Fraas, Hedwig
Gross, Dieter
Rohrbacher, Heinz
Vanli, Hayrettin

Entschuldigt fehlten Helmut Kirchner, Thomas Klauder, Randoald Reinhardt, Günter Wolk sowie Klaus Ziegler.

ALS SCHRIFTFÜHRUNG:

Haas, Philipp

VON DER VERWALTUNG:

Klein, Volker	Hauptamt, Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung	
Stephan, Horst	KuBuS	(bis TOP 5)
Wirths, Reinhard	Brundtlandbüro	(bis TOP 2)
Rihm, Annette	Brundtlandbüro	(bis TOP 2)
Schneider, Margit	Brundtlandbüro	(bis TOP 2)

VOM AUSLÄNDERBEIRAT:

Erdogan, Nurcan

VON DER PRESSE:

Südhessen-Morgen
Viernheimer Tageblatt

ZUHÖRER:

1

Φ Φ Φ Φ

Stadtverordnetenvorsteher Norbert Schübeler eröffnete um 19:05 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest.

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 21.08.2019 (Nr. 30/2019) gab es keine Einwände.

Er gab bekannt, dass Stv. Gregor Disson zum zweiten Vorsitzenden des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen gewählt wurde. Stv. Nils Burkhoff sei neues Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss (für Stv. Hussein Atris). Stv. Dieter Rihm nehme den Sitz im Planungsausschuss Rathaus ein, der der SPD neu zugefallen sei. Stv. Ralf Kempf erhalte den Sitz im Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen, den die WGV-Fraktion durch das Losverfahren in der vergangenen Sitzung erhalten habe.

TAGESORDNUNG:

1. Neues Klimaschutzkonzept (KSK)
2. Bebauungsplan Nr. 284-11 „Sport- & Erholungsgebiet West“ (Teilneufassung)
1.Satzungsbeschluss über eine Veränderungssperre
3. Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ (Parallelverfahren 24. Änderung FNP)
hier: Abschließende Behandlung der Anregungen zur öffentlichen Auslegung (Zusammenstellung)
4. Bebauungsplan Nr. 229-1 „Erweiterung Penny“
Hier: Aufstellungsbeschluss
5. Nachtragshaushaltsplan 2019 – Genehmigung des Regierungspräsidiums Darmstadt
6. Antrag der FDP-Fraktion:
Verbesserung der Wahrnehmung von Radfahrern an Einmündungen
7. Antrag der SPD-Fraktion:
Grüne Vorgärten
8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Viernheim:
Foodsharing

1. Neues Klimaschutzkonzept (KSK)

Bezug: Vorlage des Bürgermeisters vom 28.08.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Nordmann berichtete, dass es einhellige Meinung der Ausschussmitglieder war, dass das Konzept richtig und wichtig sei. Es habe eine Diskussion um die zwei möglichen zusätzlichen Stellen gegeben. Die Verwaltung habe ausgeführt, dass diese zur Umsetzung des Konzepts notwendig seien.

Der Ausschuss fasste keinen Beschluss.

Der stellv. Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Gutperle berichtete, dass es wie im Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen hauptsächlich um die beiden zusätzlichen Stellen ging. Die Verwaltungsspitze habe auch hier klargemacht, dass die Stellen notwendig seien.

Stv. Gieding sagte, dass die FDP die Zielsetzungen des Klimaschutzkonzeptes befürworte. Der Klimaschutz sei ein existenzielles Thema. Es seien beträchtliche Investitionen notwendig. Da jeder Euro – auch für den Klimaschutz – nur einmal ausgegeben werden könne und die Stellen gerade langfristig (erfahrungsgemäß werden die Stellen nicht mehr abgeschafft, wenn es sie erst einmal gebe) zu hohen Kosten führen werden, spreche man sich dafür aus, das Geld in konkrete Maßnahmen zu investieren. Man verstoße außerdem gegen Auflagen des Regierungspräsidiums, wenn man neue Stellen schaffe.

Stv. Schäfer informierte, dass heute über eine Million Menschen für den Klimaschutz auf die Straße gegangen seien. Dies sei eine starke Bewegung, die beindrucke. Für Viernheim ist das Thema kein neues, denn man wisse schon lange, dass entscheidend sei, was man vor Ort tue – ganz unter dem Motto „Global denken - lokal handeln“. Der Erfolg des Brundtlandbüros, auch finanziell, spreche für sich. Der Klimaschutz koste Geld, die Bundesregierung habe gerade heute beschlossen, in den nächsten Jahren rd. 50 Milliarden Euro dafür auszugeben. Man brauche die per-

sonelle Ausstattung, der Bürgermeister habe sehr deutlich gemacht, dass ohne das Personal das Konzept nicht umgesetzt werden könne.

Stv. Benz erklärte, dass die UBV dem Klimaschutzkonzept zustimmen werde. Man wolle es so gut und günstig wie möglich umsetzen. Das Brundtlandbüro sei mit erfahrenem Personal besetzt. Er schlug vor, es ein Jahr ohne zusätzliche Stellen zu versuchen und dann gegebenenfalls nachzusteuern. Man müsse damit rechnen, dass die Einnahmen u.a. aus der Gewerbesteuer zukünftig nicht mehr so sprudeln wie bisher. Die Mittel sollte man lieber für die konkreten Maßnahmen verwenden.

Ehrenstv. Winkenbach sagte, dass der BUND von rd. 1,4 Mio. Teilnehmern der heutigen Demonstrationen ausgehe. Auch das Klimapakete der Bundesregierung sei eine deutliche Ansage. Die konkrete Umsetzung, z.B. die Abschaffung der Ölheizung, müsse vor Ort, d.h. durch das Brundtlandbüro, geschehen. Von einigen Seiten höre es sich nun so an, als solle Viernheim nicht mitziehen. Das Klimaschutzkonzept strotze vor guten Ideen. Man brauche Personal, um diese umzusetzen. Ziel des Konzeptes sei es gerade auch, dass es sich auch finanziell lohne, mitzumachen. Außerdem werden die hohen Investitionen auch den innovativen Firmen in Deutschland zu Gute kommen.

Stv. Scheidel sagte, dass das Klimaschutzkonzept außerordentlich ambitioniert sei. Als Brundtlandstadt gehe man schon lange den richtigen Weg. Nun sei es an der Zeit, mehr zu tun. Wie man das Thema genau angehe, könne man diskutieren. Die Grünen müssten aber auch in den Bereichen Verantwortung übernehmen, die nicht zu ihren Kernthemen gehören.

Er sagte, dass man sich ohne Personal nur von Einzelmaßnahme zu Einzelmaßnahme hangeln werde. Ohne Personal werde außerdem wohl kein einziger Euro ausgegeben, da nichts erarbeitet werden könne. Er schlug in Richtung der UBV vor, jetzt das Personal einzustellen und in drei Jahren zu überprüfen, ob es sinnvoll war.

Für die CDU-Fraktion stellte er zwei Ergänzungsanträge, die als Punkte 3. und 4. den Beschlussvorschlag ergänzen sollen:

3. *Das Klimaschutzkonzept soll um den Punkt Viernheimer Stadtwald und Stadtbegrünung ergänzt werden. Die Stadt Viernheim leitet eine vorbildliche Waldwende hin zu einem naturnahen, zukunftsfähigen Klimawald ein, der Klimaschutz, Ökologie und Wirtschaftlichkeit vereint! Sowohl die Aufforstung im Wald als auch in der Stadt selbst soll hier mit einbezogen werden.*
4. *Die Verwaltung wird beauftragt, einen jährlichen Bericht über die Tätigkeiten und den Sachstand des Klimaschutzkonzeptes vorzulegen.*

Bürgermeister Baaß sagte, dass man Personal brauche, wenn man die Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept umsetzen wolle.

Er betonte, dass es sich nicht um einen Verstoß gegen Auflagen des Regierungspräsidiums handle.

Die wesentliche Aufgabe des Brundtlandbüros sei es, Strukturen zu schaffen, dass die Menschen selbst tätig werden. Im Klimaschutzkonzept finde man ab der Seite 143 eine Übersicht laufender und abgeschlossener Maßnahmen sowie eine Übersicht über die Effizienz der Maßnahmen. Zudem seien sehr konkrete Maßnahmen im Konzept enthalten. Das Thema Wald sei wichtig, aber im Konzept wohl nicht enthalten, da der (kleine) städtische Wald vom Landesforstamt mitbetreut werde. Es sei selbstverständlich, dass über den Sachstand berichtet werde.

Stv. Disson sagte, dass er eine Minderheitenmeinung in seiner Fraktion darstelle. Es gebe Befragungen, nach denen eine Mehrheit der Menschen die Energiewende für notwendig erachten. Wenn man allerdings danach frage, was der Einzelne vom

eigenen Gehalt beisteuern wolle, gehen die Zahlen deutlich herunter. Er berichtete von seinen eigenen Erfahrungen als Pendler nach Frankfurt. Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sei es auf dieser Hauptstrecke schon manchmal schwierig, in ländlichen Gebieten noch viel schwieriger. Der Stadtbus fahre oft leer, außerdem könnte dieser auch elektrisch fahren. Er nannte am Beispiel Bannholzgraben II, das die Festsetzungen wie Gründach, Solaranlagen usw. nicht billig seien und dem Ziel der SPD, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, entgegenstehe. Man könne mit Klimaschutz Geld verdienen, aber schon heute haben viele Firmen erhebliche Probleme mit dem Energiepreis.

Er kritisierte die Reaktionen des Bürgermeisters und des Ehrenstv. Winkenbachs auf sachliche Fragen in der Sitzung des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen. Dies sei leider ein Beispiel für die aktuelle Diskussionskultur gewesen. Man müsse auch andere Meinungen akzeptieren.

Er schloss sich der Meinung von FDP und UBV an und kündigte an, gegen die Schaffung der beiden Stellen zu stimmen.

Bürgermeister Baaß sagte, dass er selbstverständlich nichts gegen eine Diskussion habe. Im Ausschuss habe er auf die Aussage reagiert, dass zum einen keine konkreten Maßnahmen im Konzept aufgeführt seien und zum anderen die neuen Mitarbeiter sich mit verschiedenen Ebenen (EU, Bund) auseinandersetzen müssten. Diesen Aussagen habe er widersprochen. Zum Thema Stadtbus verwies er auf die sehr gute Auslastung und die zu diesem Thema erschienener Pressemitteilung (<https://www.viernheim.de/artikel/oeffentlicher-personennahverkehr-stadtbus-viernheim.html>). Elektrobusse seien bei der letzten Ausschreibung geprüft worden. Sie waren aber nicht wirtschaftlich. Zum bezahlbaren Wohnraum erläuterte er, dass es ein Konzept gebe, welches mit der Neuen Wohnraumhilfe erarbeitet wurde.

Stv. Ralf Kempf sagte, dass die WGV-Fraktion das Klimaschutzkonzept unterstütze. Solche umfangreichen Baumfällaktionen wie vor der letzten Kommunalwahl werde es wohl zukünftig nicht mehr geben. Er fragte, ob die Zuschüsse für die beiden Stellen sicher seien und ob auch vorhandene Mitarbeiter durch die Förderung finanziert werden können.

Bürgermeister Baaß antwortete, dass man das neue Personal erst einstellen werde, wenn man einen positiven Bescheid habe. Durch die Einstellung des neuen Personals erhalte man die Möglichkeit, eine Förderung von bis zu 200.000 € zu erhalten (bei eigenem Anteil). Hier könne man auch ein Projekt finanzieren, welches ohnehin anstehe.

Stadtverordnetenvorsteher Schübeler wies daraufhin, dass in den Jahren vier und fünf die Stellen mit 40 % statt 35 %, wie im Beschlussvorschlag fälschlicherweise aufgeführt, gefördert werden.

Beschluss:

1. Das bei Erstellung des Klimaschutzkonzeptes entwickelte Leitbild wird von der Stadtverordnetenversammlung als grundlegende Vorgabe beschlossen. Ebenso die Klimaschutzvision 2050 und die Klimaschutzziele für 2030.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:

2. Die Verwaltung wird beauftragt einen Förderantrag für zwei zusätzliche Beschäftigte zu stellen. (Basis der Zustimmung: jede Stelle wird in den ersten drei Jahren mit 65 % gefördert, in den Folgejahren 4+5 mit 40 %).

Abstimmung: 28 Ja-Stimme(n), 9 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:

3. Das Klimaschutzkonzept soll um den Punkt Viernheimer Stadtwald und Stadtbegrünung ergänzt werden. Die Stadt Viernheim leitet eine vorbildliche Waldwende hin zu einem naturnahen, zukunftsfähigen Klimawald ein, der Klimaschutz, Ökologie und Wirtschaftlichkeit vereint! Sowohl die Aufforstung im Wald als auch in der Stadt selbst soll hier mit einbezogen werden.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:

4. Die Verwaltung wird beauftragt, einen jährlichen Bericht über die Tätigkeiten und den Sachstand des Klimaschutzkonzeptes vorzulegen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Bürgermeister, Brundtlandbüro

2. Bebauungsplan Nr. 284-11 „Sport- & Erholungsgebiet West“ (Teilneufassung)

1. Satzungsbeschluss über eine Veränderungssperre

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 29.08.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Nordmann berichtete, dass 1. Stadtrat Kempf informiert habe, dass die Veränderungssperre aufgrund festgestellter Differenzen zum bestehenden Bebauungsplan erlassen werden solle.

Stv. Schäfer erinnerte an den Auftrag aus einer Haushaltsberatung an die Verwaltung, die Ertüchtigung des Fußweges zum Familiensportpark zu planen.

Beschluss:

1. Hiermit wird beschlossen, für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 284-11 „Sport- & Erholungsgebiet West“ (Teilneufassung)“ eine Veränderungssperre zu erlassen.

Das von der Veränderungssperre betroffene Gebiet wird begrenzt:

- im Norden durch die Kleingartenanlage „Schrebergärten“, die Wegeparzelle Gemarkung Viernheim, Flur 18, Flurstück Nr. 397
- im Westen durch den Wald, die Wegeparzelle, Gemarkung Viernheim, Flur 19, Flurstück Nr. 82
- im Süden durch das Gelände des Golfplatzes, die südliche Grenzen der Flurstücke Nr. 116 und 144, Flur 19, Gemarkung Viernheim sowie ihre gedachte

Verlängerung nach Westen zur Wegeparzelle Flur 19, Nr. 82 und nach Osten zur Straßenparzelle der Autobahn Flur 19, Nr. 151/5

- im Osten durch die Straßenparzelle der Autobahn, Gemarkung Viernheim, Flur 19, das Flurstück Nr. 151/5

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre ist im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) dargestellt.

Der Satzungstext (Anlage 2) ist öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BVLA, Wifö

3. Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ (Parallelverfahren 24. Änderung FNP) **hier: Abschließende Behandlung der Anregungen zur öffentlichen Auslegung (Zusammenstellung)**

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 30.08.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Nordmann berichtete, dass im Ausschuss ein Antrag beschlossen wurde, nach dem man – entgegen des Ergebnisses der Abwägung durch die Verwaltung – bei vier Vollgeschossen am Michael-Ende-Weg bleiben wolle. Außerdem sollen Tiefgaragen nicht zwingend vorgeschrieben werden, wenn die Stellplätze anderweitig nachgewiesen werden können.

Stv. Scheidel beantragte eine getrennte Abstimmung.

Stv. Schäfer sagte, dass man nach wie vor vier Geschosse bevorzuge, um bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen. Dies werde von der Verwaltung auch nicht kritisch gesehen, da der Abstand ausreichend sei. Man befürworte, die strikte Auflage, dass 50 % der Stellplätze als Tiefgaragen anzulegen seien, herauszunehmen, da ein Tiefgaragenstellplatz hohe Mehrkosten verursache. Man wolle hier das Konzept abwarten. Man befürworte den Prüfauftrag, wie man Schottervorgärten vermeiden könne.

1. Stadtrat Kempf sagte, dass vier Vollgeschosse möglich seien, man aber wegen der Nähe zu bestehenden Bebauung der Anregung folgen könne.

Stv. Disson sagte, dass es eine große Aufregung der dortigen Bevölkerung gebe. Es habe dort auch schon sehr grundsätzliche Bedenken zum neuen Baugebiet gegeben. Es wäre friedensstiftend, wenn man den Anwohnern in diesem kleinen Punkt entgegenkomme.

Stv. Dr. Stülpner verwies in Sachen Steingärten auf die Aussage von Frau Wagner im Ausschuss, dass es auf den kleinen Grundstücken wie z.B. im Schmittsberg II kaum die Möglichkeit einer Vorgarten-Begrünung gebe, da der Platz u.a. durch Einfahrt, Mülltonnen, Wärmepumpe usw. ausgenutzt sei.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die ursprüngliche Festsetzung der Entwurfsfassung (IV Vollgeschosse) am Übergang zum Baugebiet am Michael-Ende-Weg beizubehalten, die Abwägung wird entsprechend angepasst.

Abstimmung: 13 Ja-Stimme(n), 24 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss:

Die vorgeschlagene Behandlung der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird entsprechend der Beschlussvorschläge in der Anlage (Seite 4-54) hiermit beschlossen.

Abstimmung: Einstimmig, 2 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: 1. Stadtrat, ASU, BVLA

4. Bebauungsplan Nr. 229-1 „Erweiterung Penny“

Hier: Aufstellungsbeschluss

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 30.08.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Nordmann berichtete, dass der Ausschuss einige Anregungen zu den Themen Fahrradstellplätze, E-Ladestationen und Bäume diskutiert habe. Zum Thema Bäume habe die Verwaltung erläutert, dass es ohnehin Regeln in der Stellplatzsatzung gebe.

Beschluss:

1. Hiermit wird beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 229-1 „Erweiterung Penny“ (1. Änderung) aufzustellen und somit den rechtskräftigen Bebauungsplan 229 „Das Lohfeld“ im beschleunigten Verfahren (Maßnahme der Innenentwicklung) nach § 13a BauGB zu ändern

Das Plangebiet befindet sich im nordwestlichen Stadtgebiet im Gewerbegebiet Nord Viernheim und umfasst den Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes „Das Lohfeld“.

Es wird begrenzt

- Im Nordosten von der L3111
- Im Süden von der Friedrich-Ebert-Straße
- Und im Westen von der Wiesenstraße

Es ist im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) dargestellt.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BVLA, Wifö

5. Nachtragshaushaltsplan 2019 – Genehmigung des Regierungspräsidiums Darmstadt

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 29.08.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der stellv. Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Gutperle berichtete, dass der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis genommen habe.

Auszug: Kämmereiamt

6. Antrag der FDP-Fraktion: Verbesserung der Wahrnehmung von Radfahrern an Einmündungen

Bezug: Antrag der FDP-Fraktion vom 30.08.2019

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Stv. Gieding sagte, dass sich hier mit verhältnismäßig kleinen Mitteln die Infrastruktur der Radwege verbessern könne.

Stv. Winkler sagte, dass die CDU zustimmen werde. Wenn man eine Fahrradstadt sein wolle, gehöre dies dazu.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung zu prüfen, ob und an welchen Straßeneinmündungen die Wahrnehmung von Radfahrern durch andere Verkehrsteilnehmer, insbesondere Kraftfahrer, durch das Aufbringen von Fahrradmarkierungen auf der Fahrbahn und das Anbringen von Verkehrszeichen (Zeichen L38 „Radverkehr“, Zusatzzeichen 2.1 i.V.m. Zeichen 205 „Vorfahrt Gewähren“) verbessert werden kann.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung zu prüfen, ob und an welchen Straßeneinmündungen die Sicht von und auf Radfahrer („Sehen und gesehen werden“) durch das ganzjährige Zurückschneiden von Büschen und Hecken verbessert werden kann.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, Ordnungsamt

7. Antrag der SPD-Fraktion: Grüne Vorgärten

Bezug: Antrag der SPD-Fraktion vom 04.09.2019

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Stv. Rihm sagte, dass man hiermit einen Prüfauftrag erteilen wolle, wie man Schottervorgärten zukünftig verhindern könne. Im Hinblick auch auf das Klimaschutzkonzept komme es auf jede kleine Fläche an.

Stv. Dr. Stülpner sagte, dass es auch bepflanzte Vorgärten mit Schotter gebe. Er fragte, ob es überhaupt möglich sei, so etwas vorzuschreiben. Die Innenstadt gebe als Betonwüste kein gutes Beispiel ab.

Bürgermeister Baaß erwiderte, dass es sich bei der Innenstadt um eine Multifunktionsfläche handelt, welche für Wochen- und Spezialitätenmarkt, Sommerbühne, Stadtfest, Kerwe und vieles mehr genutzt werde.

Stv. Gieding sagte, dass das Ziel erstrebenswert sei. Zur Festlegung gebe es bereits ein Mittel – die Bebauungspläne. Außerdem müsse man den Bestandsschutz beachten. Nicht jeder Vorgarten sei gleich (mit/ohne Pflanzen, mit/ohne Folie). Er fragte, wo man hier die Grenze ziehen solle. Man solle die Kapazitäten der Verwaltung lieber auf das Wesentliche konzentrieren.

Ehrenstv. Winkenbach sagte, dass man dem Antrag nur zustimmen könne. Die Detailfragen gehören aber in den Ausschuss. Er stellte fest, dass der Antrag vielleicht sogar zu kurz greife, so sollte man z.B. die weitere Verdichtung und die damit einhergehende Versiegelung in der Innenstadt stärker hinterfragen, auch wenn man grundsätzlich für das Bauen im rückwärtigen Bereich der Grundstücke sei.

Ehrenstv. Ergler sagte, dass die CDU dem Antrag zustimmen werde. Allerdings wolle man möglichst wenig reglementieren, sondern über ein Gesamtkonzept Anreize schaffen.

Stv. Benz erklärte, dass man in Neubaugebieten in der Lage sei, dies zu reglementieren und dies auch tun sollte. In der Innenstadt gebe es ohnehin nur sehr wenige Vorgärten. Man müsse die Menschen überzeugen, dass dies nicht der richtige Weg sei.

1. Stadtrat Kempf sagte, dass man in neuen Bebauungsplänen dies detaillierter regeln könne. Er gab zu Bedenken, dass jedes Schwert nur so scharf sei, wie man es auch kontrollieren könne.

Stv. Disson stimmte dem zu. Man müsse daran denken, wie man solche Festsetzungen auch umsetzen könne.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um in Viernheim den weiteren Bau von Gärten aus Schotter und Kies anstelle von Begrünung abzuwenden bzw. einzudämmen.

Des Weiteren ist zu prüfen, mit welchen Maßnahmen das Bewusstsein in der Bevölkerung für Begrünung in Vorgärten anstelle von Verschotterung und Versiegelung gestärkt werden kann.

Die Ergebnisse der Prüfung sind den zuständigen Ausschüssen zur weiteren Beratung vorzulegen.

Abstimmung: Einstimmig, 1 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU

8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Viernheim: Foodsharing

Bezug: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.09.2019

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Ehrenstv. Winkenbach sagte, dass es sich beim Thema Foodsharing um einen Baustein handle, am Klimaschutz zu arbeiten. Die Viernheimer Gruppe suche nach einem geeigneten Ort und werde dies dann auch beim Gesundheitsamt anmelden.

Bürgermeister Baaß verwies auf die Rechtslage in Hessen. Im Unterschied zu Baden-Württemberg (hier gebe es einen Erlass des Landwirtschaftsministeriums, dass es sich bei solchen Verteilerzentren um private Ausgabestellen handle) sei in Hessen alleine der Aufsteller eines solchen Verteilerzentrums verantwortlich. Dies bedeute für die Ehrenamtlichen ein großes Risiko. Er habe die Kreisbeigeordnete Stolz darum gebeten, das hessische Landwirtschaftsministerium zu bitten, einen ähnlichen Erlass herauszugeben.

Man könne als Stadt keine Regeln zur Einhaltung von Hygienestandards vereinbaren.

Stv. Kruhmann verstand den Antrag so, dass der Verein auf die Kompetenzen der Stadtverwaltung zurückgreifen könne und nicht, dass die Stadt selbst tätig werden solle. Die CDU werde zustimmen.

Ehrenstv. Winkensch verwies darauf, dass es ähnliche Angebote schon in vielen Städten, auch aus dem Kreis Bergstraße, gebe.

Stv. Schäfer beantragte den Verweis in den zuständigen Fachausschuss.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Beratung in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Abstimmung: Einstimmig, 3 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 37 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Ordnungsamt, Soziales und Standesamt

ENDE DER SITZUNG: 21:25 Uhr

DER STV.-VORSTEHER:

gez.: S c h ü b e l e r

Norbert Schübeler

DER SCHRIFTFÜHRER:

gez.: H a a s

Philipp Haas

F.d.R.d.A.

Amtmann

INHALTSVERZEICHNIS

1. Neues Klimaschutzkonzept (KSK)
2. Bebauungsplan Nr. 284-11 „Sport- & Erholungsgebiet West“ (Teilneufassung)
1.Satzungsbeschluss über eine Veränderungssperre
3. Bebauungsplan Nr. 291 „Erweiterung Bannholzgraben“ (Parallelverfahren 24. Änderung FNP)
hier: Abschließende Behandlung der Anregungen zur öffentlichen Auslegung (Zusammenstellung)
4. Bebauungsplan Nr. 229-1 „Erweiterung Penny“
Hier: Aufstellungsbeschluss
5. Nachtragshaushaltsplan 2019 – Genehmigung des Regierungspräsidiums Darmstadt
6. Antrag der FDP-Fraktion:
Verbesserung der Wahrnehmung von Radfahrern an Einmündungen
7. Antrag der SPD-Fraktion:
Grüne Vorgärten
8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Viernheim:
Foodsharing